



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

[AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal](#)

StuPa Präsidium

Matthias Zipse
Solveig Klebert
Laura-Sophie Schardt

Max – Horkheimer – Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, 01.06.2026

Protokoll der 3. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 06.05.2026

Beginn: 18:12

Ende: 20:41

Ort: AStA-Großraumbüro Ebene ME.04

Redeleitung: Laura-Sophie Schardt

Protokoll: Solveig Klebert

Anwesende Parlamentarier*innen: Laura-Sophie Schardt, Matthias „Matti“ Zipse, Solveig Klebert, Marcel Klein, Dan Poppek, Lilan Lauktien, Robert Hohmann, Samir „Sam“ Asfid, Thies Böhling (Vertretung für Aaron Weiß), Philip Cramer, Hanna König, Luise Schönemann, Celina El-houmsy, Maximilian Arsenio Laub, Florian Möschler (Vertretung für Zeynep Bilgen)

Abwesende Parlamentarier*innen: Nick Steiner (entschuldigt), Annika Vogel (entschuldigt), Aaron Weiß (entschuldigt und vertreten), Selin Akdağ (unentschuldigt), Rosa Sommer, Marcel Hesse, Till Sörensen-Siebel, Zeynep Bilgen (entschuldigt und vertreten)

Anwesende Gäste: Raphael „Rapha“ Forens (AStA-Vorsitz), Oliwer Bramorski (AStA-Finanzreferent), Marin Wosnitza (Blickfeld Campus Zeitung), Anni Traum und Lili Seggewiss (Geo-Fachschaft)

TOP 1 Begrüßung und Regularia

Laura eröffnet die Sitzung um 18:08 Uhr. Laura stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass das StuPa mit 15 Parlamentarier*innen beschlussfähig ist. Sie schlägt folgende Tagesordnung (TO) vor:

TOP 1 Begrüßung und Regularien

TOP 2 Semesterbeitrag

TOP 3 Anträge

TOP 4 Berichte aus den Gremien

TOP 5 Hochschule und Hochschulpolitik

TOP 6 Sonstiges und Termine

Das Protokoll der letzten Sitzung (08.04.2026) wurde, der Änderung der Geschäftsordnung (GO) entsprechend, im Umlauf beschlossen. Es gab lediglich einige wenige redaktionelle Änderungen (z. B. Korrekturen bei der Falschschreibung von Namen).

GO-Antrag von Matti: Wechsel in TOP 5, damit die Geo-Fachschaft nicht der gesamten Sitzung beiwohnen muss, bis deren Anliegen besprochen werden kann. Keine Gegenrede.

TOP 5 Hochschule und Hochschulpolitik

Laura erteilt Anni das Wort.

Anni, erklärt, dass sie heute zur Sitzung gekommen seien, um klarzustellen, wie wichtig die Erstfahrt für die GEO-Fachschaft ist! Anni betont nochmal das Dilemma des ungünstigen Verteilungsschlüssels der Fachschaften. Der Verteilungsschlüssel sei dabei besonders für die Geo-Fachschaft von Nachteil, da die Studis mit ihrem ersten Fach in ihrer Fachschaft eingeschrieben sein müssten, damit die Fachschaft auch Geld für ihre Studis bekommt; meist seien die Studis jedoch mit ihrem Erstfach in den großen Studienfächern eingeschrieben – entsprechend bekommen die Fachschaften der ohnehin kleineren Fächer, wie etwa Geo, noch weniger Geld. Man bemühe sich zwar, dies auszugleichen, indem u. a. in der O-Woche dafür geworben werde, dass die Geo-Erstis das Fach auch als Erstfach belegen, jedoch erreiche man nicht genügend Studierende (oder aber diese wollen mit ihrem Erstfach lieber ein anderes, meist größeres, Fach wählen). Weiter erklärt sie, dass die wenigen Anmeldungen für die diesjährige Erstfahrt die Fachschaft besonders verwundert hätten. Der Termin war extra so gelegt worden, dass diese vor dem Semesterstart stattfinden, damit möglichst alle Interessierten Zeit hätten; außerdem sei die Resonanz zuvor stets positiv gewesen. Daher hatte die Fachschaft vorausschauend planen wollen und extra ein großes Haus gebucht. Aufgrund einer Mischung aus ungünstigen Umständen (etwa, dass weniger Erstis teilnehmen wollten, als ursprünglich geplant und dass einige Teilnehmer*innen sich kurzfristig abgemeldet hatten oder sogar bei der Anfahrt einfach nicht erschienen seien) seien für die Studierenden, die mitgefahren sind, besonders hohe Kosten entstanden. Anni unterstreicht die Bedeutung dieser Fahrt für das Fach und v. a. der Erstis; dort würden die Erstis andere Geo-Studierende kennenlernen, Einblicke in die Fachschaft bekommen und ihnen so das Ankommen in Wuppertal erleichtert.

Dan hat eine Rückfrage: Bei der Fakultätsratssitzung könne man auch Anträge (z. B. zur Förderung) stellen, da der Fakultätsrat auch eine eigene Kasse verwalte. Dan möchte wissen, ob die Geo-Fachschaft dort einen Antrag gestellt habe.

Anni verneint dies und erklärt weiter, dass leider der alte Finanzer der Geo-Fachschaft aufgehört habe, der jedoch den Überblick hatte und immer alles geregelt habe, wodurch viel Wissen verloren gegangen sei und nun erstmal mühsam neu angeeignet werden müsse.

Raphael erklärt, warum der Antrag den AStA und vor allem im AStA-Vorsitz verärgert habe. Dieser Antrag sei bereits die letzten Jahre immer wieder gestellt worden, da die Geos seit langem finanzielle Probleme hätten. In der Vergangenheit habe sich die Geo-Fachschaft dafür immer an den AStA gewendet und den Antrag im AStA-Plenum gestellt. Im letzten Jahr sei der Geo-Fachschaft aber gesagt worden, der AStA würde diesem Antrag noch einmal in der Form zustimmen, jedoch sei klargemacht worden, dass es das letzte Mal sei und sich grundlegend etwas an der Finanzierung der Fachschaft(en) ändern müsse. Dass sich die Fachschaft jetzt an das StuPa wende und somit den AStA und dessen Hinweis, dass sich etwas an der Finanzierung und Verwaltung der Fachschaften ändern müsse, übergehe, habe strategisch gewirkt und entsprechend verärgert. Er fragt auch, wie man sich dies langfristig vorstelle.

Anni erwidert, dass man, aufgrund des (zuvor skizzierten) Wechsels der Finanzperson nicht gewusst habe, dass sie sich besser an den AStA hätten wenden sollen und stattdessen kurzfristig einen Antrag an das StuPa gestellt habe, als klar war, dass die Kosten für die Fahrt die ursprünglich geplanten Kosten massiv übersteigen würden. Langfristig hoffe ihre Fachschaft auf die Anpassung des Verteilungsschlüssels. Das habe man auch im letzten Jahr schon gehofft und den Antrag deswegen eigentlich schon nicht mehr stellen wollen, jedoch werde dieser – anders als immer wieder angekündigt – nicht angepasst.

Matti fragt, woran es gelegen habe, ob das StuPa/StuPa-Präs mal mit dem FSR-Vorsitz und FSR2 reden soll, um herauszufinden, was das Problem ist.

Anni wisse auch nicht so recht, woran das liege. Scheinbar ist die Kommunikation von und mit FSR2 insgesamt schwierig.

Der Finanzer des AStA schaltet sich ein. Oli erklärt, dass es ziemlich genau vor einem Jahr ein Treffen mit FSR2 gegeben habe, indem zusammen mit der AStA-Verwaltung erklärt wurde, was man wie ändern müsse (wie der Verteilungsschlüssel angepasst werden müsse) – entsprechende Optionen und Umsetzungskonzepte, die speziell von der AStA-Verwaltung durchkalkuliert wurden, müssten dem FSR2 also vorliegen. Oli stellt klar, dass es keinen Grund gebe, wieso diese noch immer nicht umgesetzt würden.

Sam fragt, wie viele Studierende bei der Erstfahrt mitgekommen seien – abzüglich der Fachschaftsmitglieder.

Anni: Von 21 Teilnehmer*innen seien schlussendlich nur 7 Teilnehmer*innen auch Erstis gewesen.

Lili erklärt, dass die Fachschaft auch Studierende des 2. und 3. Semesters angeschrieben und gefragt habe, ob von diesen noch welche mitfahren wollten. Außerdem erklärt sie nochmal, dass man nicht damit rechnen könne, wenn einige Leute nicht mitkämen, v. a., wenn diese nicht mal absagten. Denn prinzipiell wolle man den Studis natürlich die Möglichkeit offenlassen, bei Krankheit oder privaten Angelegenheiten von der Anmeldung kostenlos zurücktreten zu können.

Anni erklärt, dass man deswegen erstmal einen hohen Antrag (von 900 €) gestellt habe, weil man eben mit mehr Teilnehmer*innen gerechnet hatte und diese ursprüngliche Teilnehmer*innenanzahl Grundlage für die Berechnung gewesen sei.

Sam fragt Anni und Lili, was man glaube, wie viel denn angemessen gewesen wäre.

Anni erklärt, dass man aktuell immer noch ein Minus von 1400 € durch die Fahrtkosten mache; trotz der eingenommenen Summen aus Verkäufen bei u. a. Campusfest, Fachschaftsfest beim AStA (bei dem, wie ihnen gesagt worden sei, jedoch kein Gewinn gemacht werden durfte) und Waffelständen. Um Sams Frage nach „Angemessenheit“ zu beantworten: Auf ca. 400 € hoffe sie schon. Sie betont nochmal, dass die Fachschaft wirklich versuche, jedes Fest mitzunehmen, um so viel Geld reinzubekommen, wie man reinbekommen könne, aber so viel, wie sie zu wenig hätten, könnte man gar nicht einnehmen.

Matti erklärt, dass bei der letzten Sitzung beschlossen wurde, dass das StuPa höchsten den doppelten AStA-Beitrag pro Teilnehmer*innen ausgegeben werde. Daher sei Sams Frage nach Angemessenheit dahin, denn es existiere ein Beschluss, an den es sich zu halten gelte.

Anni erklärt nochmal die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen der Fahrt: Insgesamt 21 Personen, davon 14 aus der Fachschaft plus 7 Erstis.

Marcel berechnet die Teilnehmer*innenzahl mit dem beschlossenen Höchstsatz (dem doppelten AStA-Beitrag). Würde man mit 21 rechnen, dann käme man auf 598,5 €; das heißt, die Geo-Fachschaft käme zumindest über die mindestens erhofften 400 € Zuschuss vom StuPa.

Philip fragt nochmal, was mit den Studierenden sei, die sich angemeldet hatten und dann nicht teilgenommen hatten. Ob diese dann auch subventioniert werden sollten.

Anni erklärt, dass sie zwar vorher eine Anzahlung nehmen würden, die den Studierenden aber auch eigentlich immer zurückgeben, wenn sie doch nicht mitkommen können.

Solveig möchte wissen, wie viele Studierende, die sich angemeldet haben, letztlich nicht mitgekommen seien.

Lili erklärt: 2 hätten sich so 2 bis 4 Tage vorher abgemeldet, eine Person sei einfach nicht aufgetaucht.

Oli erklärt, dass laut Förderrichtlinien nur die Anwesenden Studierenden gefördert werden sollten.

Sam bekräftigt Olis Einwand, indem er betont, dass die finanzielle Lage des AStAs gerade „echt nicht so gut“ sei, deswegen wäre es „echt nicht drin“, auch diejenigen zu fördern, die nicht dabei gewesen wären.

Marcel hat nochmal eine Rückfrage bzgl. dem Fachschaftsfest. Anni habe gesagt, man habe ihr und den Fachschaften wiederum gesagt, dass diese so wirtschaften sollten, dass kein großes Plus gemacht würde. Marcel als Kulturreferent sei grundsätzlich an der Planung beteiligt gewesen und wundere sich deswegen über diese Aussage, allerdings sei er auch nicht bei jedem Planungstreffen dabei gewesen. Er möchte wissen, wer das den Fachschaften so gesagt habe.

Lili und Anni wissen dies zunächst nicht genau, erinnern sich aber beide, dass es den Fachschaften so kommuniziert worden sei. Lili schaut parallel nochmal in den entsprechenden Protokollen nach und findet in einem Protokoll zum Planungstreffens vom Fachschaftsfest (vom 26.01-2026) folgende Formulierung: „Die Fachschaften achten darauf, nicht gewinnbringend zu verkaufen.“

Matti betont, dass er die Veranstaltung unter dem Diktum „ganz ohne Gewinn“ schwierig fände. Allein die Arbeitszeit der Fachschaftsmitglieder müssten sich für die Fachschaften irgendwie rechnen. Als AStA wolle man sicher nicht, dass diese alle umsonst bzw. ohne eine Form des Entgelts den ganzen Tag arbeiteten.

Marcel: Er als Mitglied des Kulturreferat finde es auf jeden Fall auch gerechtfertigt, dass die Fachschaften beim Fachschaftsfest – wenn auch nicht im großen Stil, damit die Preise studierendenfreundlich blieben – insgesamt schon Gewinne abgreifen dürften, immerhin steckten sie auch viel Arbeit in die Party.

Raphael gibt nochmal den Hinweis, dass das Geld letztlich trotzdem vom AStA bezahlt werde (auch wenn man den Weg über das StuPa geht). Daher solle man nächstes Mal besser direkt den Weg über den AStA gehen. Er betont nochmal, dass man sich da einfach etwas übergangen gefühlt habe.

Anni entschuldigt sich im Namen ihrer Fachschaft, der nicht bewusst gewesen sei, dass man damit den AStA übergehe.

Solveig schlägt vor, dass man mal FSRK und FSR2 ins StuPa einladen könnte oder aber, dass das Präsidium mal mit diesen und dem AStA-Vorsitz, -Finanzer und -Verwaltung rede.

Marcel stellt die Frage, ob man den FSRK nicht zwingen können, den Verteilungsschlüssel anzupassen.

Philip findet die Idee prinzipiell gut. Er denkt aber, dass man das nicht jetzt tun sollte. Vielleicht könne man, so Philip, zur nächsten Sitzung in Ruhe einen entsprechenden Antrag ausarbeiten.

Solveig fragt, wieso man das nicht jetzt machen sollte! Sie verweist auf die Möglichkeiten, einen Antrag aus der Debatte heraus zu stellen. Jetzt – nachdem man so lange über den Antrag der Geo-Fachschaft diskutiert habe und dabei deutlich wurde, dass die Untätigkeit von FSRK und FSR2 den Fachschaften schade und nachdem Oli bestätigt hat, dass bereits vor einem Jahr versucht wurde, dieses Problem zu lösen, indem AStA-Finanzer und -Verwaltung Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet und kommuniziert hatten – sei genau der richtige Zeitpunkt. FSRK könne sich bei Rückfragen und Umsetzungsfragen schließlich auch erneut an den AStA wenden. **Solveig stellt folgenden Antrag (aus der Debatte):**

Das Studierendenparlament fordert die Fachschaftsrätekonferenz auf, den Verteilungsschlüssel der Fachschaftsbeiträge durch die Studierenden zu überarbeiten.

Abstimmung: 12/0/3 (Ja/Nein/Vielleicht) – Antrag angenommen.

Anni und Lili bedanken sich für die Bezuschussung, die Debatte und Erklärung und verlassen die Sitzung um 18:37 Uhr. Es folgt die Rückkehr – der regulären TO nach – in TOP 2:

TOP 2 Semesterbeitrag

Laura fragt, ob Oli die Anträge bzgl. des Semesterbeitrags aus der letzten Sitzung wieder aufnehmen möchte.

Oli erklärt, dass man leider keine Antwort bzgl. der offenen Fragen hinsichtlich des Umgangs mit den 9-Euro-Ticket-Geldern erhalten habe.

Laura fragt Oli, was daraus für seine Anträge folgt.

Oli erklärt, dass es rechnerisch am meisten Sinn ergebe, die Zahlen so zu übernehmen – vor allem, wenn man es, angesichts der finanziell angespannten Lage, halbwegs sicher haben wolle. Er stellt den Antrag also in der folgenden, bereits auf der vorherigen Sitzung diskutierten Form:

Antragstitel: Anpassung des erhobenen Beitrags für den AStA für das Wintersemester 2026/27 und Sommersemester 2027

Antragsteller*in: Oliwer Bramorski (AStA-Financer)

Antragstext: Das Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal möge beschließen: Der in der Beitragsordnung festgelegte Beitrag für den Allgemeinen Studierendenausschuss in der Höhe von 14,25 € soll für das Wintersemester 2026/27 und das Sommersemester 2027 auf 17,50 € angehoben werden.

Antragsbegründung: Erfolgte vor allem auf der 2. ordentlichen Sitzung (s. das Protokoll vom 08.04.2026) und musste hier deswegen nicht mehr wiederholt werden.

Matti hält fest, dass sich damit eine Steigerung von 3,25 € ergibt.

Abstimmung: 11/2/2 – Antrag angenommen.

Antragstitel: Anpassung des erhobenen Beitrags für das Semesterticket ab dem Wintersemester 2026/27

Antragsteller*in: Oliwer Bramorski (AStA-Financer)

Antragstext: Das Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal möge beschließen: Der in der Beitragsordnung festgelegte Beitrag für das Semesterticket in der Höhe von 208,80 € soll ab dem Wintersemester 2026/27 auf 226,80 € angehoben werden.

Antragsbegründung: Erfolgte vor allem auf der 2. ordentlichen Sitzung (s. das Protokoll vom 08.04.2026).

Matti erklärt, dass sich damit im Falle des Semestertickets eine Erhöhung von 18 € ergibt.

Abstimmung: 12/0/3 – Antrag angenommen.

Das StuPa-Präsidium wird die beschlossene Änderung der Beitragsordnung und die damit einhergehende Erhöhung des Studierendenbeitrags zeitnah an die Hochschulleitung kommunizieren.

TOP 3 Anträge

Laura erklärt, dass sich die Reihenfolge der Behandlung der Anträge aus der Reihenfolge des Eingangs beim Präsidium ergibt – entsprechend beginnt Philip.

Antragstitel: Haus- und Abschlussarbeiten endlich digital abgeben!

Antragsteller*in: Philip Cramer (Juso Hochschulgruppe)

Antragstext: Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf, die analoge Abgabe von Arbeiten schnellstmöglich zu beenden und einen geeigneten Weg zur digitalen Abgabe zu finden. Insbesondere

eingeschränkt wiederholbare Hausarbeiten müssen beim Zentralen Prüfungsamt in analoger und gehefteter Form abgegeben werden. Zusätzlich müssen bei diesen Arbeiten die Daten auf eine CD oder einen USB-Stick geladen werden, um eine Plagiatsprüfung zu ermöglichen. Dafür fallen Kosten von bis zu 25 € pro Hausarbeit an. Abschlussarbeiten müssen zusätzlich gebunden und in dreifacher Ausführung inklusive je einer CD abgegeben werden. Kosten von bis zu 120 € sind dabei keine Seltenheit.

Antragsbegründung: Ziel der Prüfungsform Hausarbeit ist es, die wissenschaftliche Forschungsleistung von Studierenden über einen sehr begrenzten Zeitraum hinweg zu überprüfen. Dabei sollte die haptische Präsentation der Forschungsergebnisse keinerlei Rolle spielen und die Prüfungsform Haus- und Abschlussarbeit nicht zur sozialen Selektion durch Druckkosten werden. Außerdem fallen insbesondere bei der einmaligen Verwendung von USB-Sticks und CDs erhebliche Mengen an Müll an, den es zu vermeiden gilt. Sollte bei Dozierenden dennoch das Bedürfnis nach analogen Druckerzeugnissen bestehen, steht es Ihnen frei, die Arbeiten weiterhin von ihrem eigenen Forschungsetat in einer Ausführung ihrer Wahl drucken zu lassen.

Weiter erklärt Philip mündlich: Er habe noch von niemandem gehört, der z. B. bei einer Master-Thesis mit unter 80 € Druckkosten ausgekommen sei. Philip findet das nicht nur unzeitgemäß (weil unökologisch), sondern auch schlicht zu teuer (vor allem für Studierende). Daher wolle er vorschlagen, dass man das Rektorat nun auffordere, diese Problematik anzugehen. Auch möchte er, dass die studentischen Mitglieder im Senat diesen Antrag auch im Senat einbringen.

Matti meldet sich zu Wort: Er ist davon überzeugt, dass Philips Antrag generell sinnvoll ist, aber zeitlich etwas zu spät komme. Denn, es sei bereits ein Pilotprojekt gestartet, das die digitale Abgabe anhand der Fakultät Maschinenbau erprobe. Dies war dem Präsidium bei einem vergangenen Gespräch mitgeteilt worden, als Solveig auf Nachfrage von Erik Bamfaste (Juso-HSG und ehemaliges StuPa-Mitglied) genau dieses Thema (v. a. für Abschlussarbeiten wie BA- und MA-Thesis) angesprochen hatte. Wenn dieses Projekt gut läuft, so Frau Buch (Prorektorin für Studium und Lehre), dann werde das Konzept auf andere Fächer und Fakultäten ausgeweitet. Matti möchte Philips Antrag daher abändern und formuliert einen ersten Vorschlag für einen AE-Antrag (Änderungsantrag). Denn es sei wichtig zu betonen, dass das StuPa wahrnehme, dass das Rektorat schon etwas in dieser Thematik unternehme.

Philip möchte diese Änderung nicht annehmen, denn damit würde man sich, laut Philip, als Studierendenvertretung zu sehr auf das Pilotprojekt stützen, und sollte dieses dann scheitern, könne das Anliegen an sich – Abgaben digitalisieren – scheitern. Den Zeitpunkt findet er deswegen sogar genau richtig: Jetzt, wo das Thema angegangen werde, könnte man mehr Druck machen – etwa im Senat.

Maximilian: Man (seine Liste) sei auch „absolut dafür“, Abgabemöglichkeiten digital einzurichten. Er sagt, dass es bei Bachelorarbeit vielleicht noch was anderes sei und diese mehr aus Tradition gedruckt (und gebunden) abgegeben werden würden, bei Hausarbeiten sehe er aber keinen Mehrwert. Deswegen begrüße er den Antrag und zukünftige Digitalisierungsvorhaben grundsätzlich.

Philip erklärt, dass es sich dabei um die Mehrheit der Fächer handelt, u. a.

- Anglistik im KBA,
- Bildungswissenschaften im MEd,
- Chemietechnik im dualen MEd,
- Design interaktiver Medien im kBA,
- Englischsprachige Literaturen im kMA,
- Frankoromanistik im 1-Fach-Master,

- Germanistik im kBA,
- Hispanistik im kMA,
- usw.
- und generell jedes Fach, das beim ZPA überhaupt einen Reiter zu Hausarbeiten habe. Dort stehe unter „Abgabe“ dann folgender Text: „Geben Sie die Hausarbeit, die Sammelmappe oder den Forschungsbericht in einfacher Ausfertigung (inkl. CD zur Plagiatsprüfung und der Erklärung, dass Sie die Arbeit selbstständig verfasst haben) spätestens zum im Studienportal genannten Prüfungstermin im ZPA bei der zuständigen Sachbearbeitung während der Sprechstunde ab.“

Matti ergänzt (nachdem er nochmal in seine Notizen zur entsprechenden Sitzung mit dem Rektorat geschaut hatte), dass die digitalen Abgaben im Rahmen des Pilotprojekts innerhalb des Maschinenbaus nicht über die Plattform Moodle geschehen, wie es die meisten Unis handhaben würden, sondern über eine andere Website. Philips Argument, dass das Projekt scheitern und dann die ganze Thematik verworfen werden könnte, sieht er u. a. deswegen als valide. Sein Vorschlag wäre aber trotzdem, überhaupt die Bemühungen, um eine zukünftige Umstellung, anzuerkennen und formuliert folgenden **Änderungsantrag: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die Universitätsleitung bereits ein Pilotprojekt zur digitalen Abgabe von Arbeiten gestartet hat, wünscht sich jedoch eine schnellere und ganzheitliche Umsetzung.**

Philip nimmt die Änderung an, die entsprechend an vorderster Stelle des ursprünglichen Antrags ergänzt wird. **Abstimmung: 14/0/1 – Antrag angenommen.**

Antragstitel: Einrichtung eines Sonderfonds zur Fachschaftsförderung durch Umwidmung langjährig nicht abgerufener Fachschaftsmittel

Antragssteller*in: Oliwer Bramorski (AStA-Financer)

Antragstext: Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Überführung von Mitteln und Fristen: Fachschaftsgelder, die vom AStA treuhänderisch verwaltet werden, jedoch aufgrund fehlender Haushaltsbeschlüsse oder Nicht-Abrufs länger als ein halbes Haushaltsjahr nicht ausgezahlt wurden, werden in einen neu zu schaffenden „Sonderfonds zur Fachschaftsförderung (Sponsoring)“ überführt. Die konkrete buchhalterische Gestaltung dieser Umbuchung obliegt dem Finanzreferat des AStA.
2. Förderberechtigung und Zweckbindung: Die Mittel des Sonderfonds sind zweckgebunden für Projekte, Veranstaltungen und Anschaffungen der Fachschaften zu verwenden. Förderberechtigt sind ausschließlich Fachschaften, die über geringe Eigenmittel verfügen. Die Vergabe erfolgt über das reguläre Sponsoring-Verfahren des AStA.
3. Deckelung des Sonderfonds und Umverteilung: Die Höhe des Sonderfonds wird auf eine Obergrenze von 20.000 € festgesetzt. Alle Mittel, die diesen Betrag durch Überführungen gemäß Punkt 1 übersteigen, werden automatisch an die Fachschaftenrätekonferenz (FSRK) zur Verwendung innerhalb der Verteilungsmittel übertragen.
4. Übergangsregelung und Alt-Anträge: Alle zum Zeitpunkt des Beschlusses bereits bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Sponsoring-Zusagen für Fachschaften werden vorrangig aus den Mitteln dieses neu geschaffenen Sonderfonds bestritten.

Antragsbegründung:

In den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Anstieg an Sponsoring-Anfragen seitens der Fachschaften an den AStA zu verzeichnen. Viele Fachschaften planen ambitionierte Projekte (wie Erstsemesterfahrten, Fachschaftsfeste oder Bildungswochen), deren Kosten die regulären Fachschaftsmittel übersteigen. Dies führt dazu, dass das für Sponsoring vorgesehene Budget im AStA-Haushalt zunehmend unter Druck gerät

und oft vor Ende des Haushaltsjahres erschöpft ist.

Gleichzeitig lagern auf den Konten der Studierendenschaft erhebliche Summen an Fachschaftsgeldern, die über Jahre hinweg nicht abgerufen werden. Dies geschieht meist dann, wenn Fachschaften über längere Zeiträume keine gültigen Haushaltspläne vorlegen oder keine Entlastung erfolgt. Dieses „tote Kapital“

Die Einführung des Sonderfonds verfolgt zwei Ziele:

- Solidarität und Aktivierung: Gelder, die von inaktiven Fachschaften nicht genutzt werden, fließen zurück in den Kreislauf und kommen den Fachschaften zugute, die aktiv das Campusleben gestalten und zusätzliche Förderung benötigen.

- Haushaltshygiene: Durch die Umwidmung nach drei Jahren wird verhindert, dass sich unbegrenzte Rückstellungen bilden, die buchhalterisch mitgeführt werden müssen, ohne jemals zur Auszahlung zu kommen.

Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass studentische Beiträge effizient und im Sinne der gesamten Studierendenschaft eingesetzt werden, während gleichzeitig eine faire Frist (3 Jahre) gewahrt bleibt, innerhalb derer jede Fachschaft ihre Mittel durch ordnungsgemäße Haushaltsführung beanspruchen kann.

Angesichts der Diskussion rund um die Förderung der Geo-Erstifahrt zu Beginn dieser Sitzung passe dieser Antrag, laut Oli, ganz wunderbar. Nun, da merklich mehr Fachschaften und andere Studierendengruppen beim AStA um Sponsoring bäten, der AStA aber aufgrund der angespannten finanziellen Lage selbst weniger Geld zur Verfügung habe, habe man ein Konzept erarbeitet, bei dem zweckgebunden, aber nicht abgerufene Fachschaftsgelder für solche Sponsoringzwecke genutzt werden könnten. Diese nicht abgerufenen Gelder sollen diesem Konzept nach, dass er zusammen mit der Verwaltung erarbeitet habe, zukünftig in einen Sonderfond fließen, von dem dann dieses zusätzliche Sponsoring bezahlt werden könne. Der Topf werde, um die Ansammlung nicht nutzbarer Töpfe zu vermeiden, mit 20.000 € gedeckelt. Der überschüssige Beitrag, der durch weitere nicht abgerufene Gelder entstehe, solle dann an die FSRK zurückgezahlt und an die Fachschaften verteilt werden. Die Gelder, die nach diesen Vorgaben aktuell in den Topf fließen würden, belaufen sich auf ca. 10.000 €.

Matti weist darauf hin, dass im Antrag von einem halben Jahr und in der Begründung von drei Jahren gesprochen werde und fragt, ob ein Zeitraum von drei Jahre nicht fairer sei.

Oli erklärt, dass er vergessen habe, die Zahl in der Begründung zu ändern. Er und die Verwaltung hatten sich dazu ausgetauscht und mit beiden Zahlen gespielt, seien aber letztlich zu dem Entschluss gekommen, dass ein halbes Jahr die passendere Zahl wäre.

Florian weist darauf hin, dass die Gelder der Fachschaften nur treuhändisch vom AStA verwaltet werden sollen, und fragt, ob es rechtens sei, wenn der AStA das Geld dann einbehalte und über die Ausgabe bestimme.

Oli kann Florian versichern, dass die rechtlichen Belange geklärt seien und die Einrichtung des Sonderfonds und die einhergehende Verwaltung der Gelder nach der HWVO und dem Landes-Asten-Gesetz völlig zulässig seien.

Matti hat – an Florian gerichtet – eine kleine Ergänzung: Die Fachschaften sind dazu verpflichtet, für ein Haushaltsjahr einen entsprechenden Finanzplan vorzulegen, um ihre Gelder zu erhalten. Außerdem werde den Fachschaften das Geld nicht weggenommen, die von der Studierendenschaft durch den AStA ohnehin nur zweckgebunden eingezogen werden und durch einen Sonderfond auch nur entsprechend zweckgebun-

den für die Fachschaften ausgegeben werden könnten. Nun bekommen schlicht die Fachschaften, die keinen Plan vorlegen oder das Geld nicht benötigen, keine Gelder – dafür aber andere, die es für spezielles Sponsoring benötigten. Der Zeitraum von einem halben Jahr sei jedoch trotzdem zu kurz, denn ein Haushaltsjahr gehe ein Jahr und eben nicht nur ein halbes Jahr. Außerdem würden kleine Fachschaften gerne ihre Gelder – auch mal über ein Semester – für etwaige größere Veranstaltungen/Ausgaben ansparen, deswegen wäre ein halbes Jahr ohnehin sinnlos.

Philip stimmt dem zu und erklärt, man wolle schließlich eine Lösung mit und für die Fachschaften finden.

Das Präsidium unterbricht Maximilians Wortbeitrag, der auch für ein Jahr plädiert, und erinnert ihn sowie die anwesenden Parlamentarier*innen daran, dass eine quotierte Redeliste existiert und die Redeleitung dieser folgend das Wort erteilt.

Rapha möchte wissen, wie lange Fachschaften ihre Gelder aktuell rückwirkend noch geltend machen könnten.

Oli erklärt, dass diese – der aktuellen Regelung nach – nur ihre Haushaltspläne vorlegen müssten, damit auch vergangene, nicht abgerufene Gelder ausbezahlt würden. Nach der neuen Regelung würde dieser Anspruch erlöschen. Auch wenn jetzt eine 1-Jahres-Regelung beschlossen werde, speise der Topf sich trotzdem noch aus 10.000 €.

Nach einem Einwand von Maximilian über Spartaktiken der Fachschaften argumentiert Luise, dass das Geld schließlich nicht weg sei. Die Fachschaften, die dann mehr oder überhaupt Geld bräuchten, könnten dann – wie es viele jetzt schon täten – an den AStA herantreten und aus dem Topf Geld erhalten. Nur könnten von diesen Geldern dann zusätzlich auch andere aber Fachschaften profitieren. Niemandem werde etwas weggenommen.

Oli erklärt nochmal für alle: Wenn die Fachschaften einen Plan vorlegen, bekommen sie dementsprechend ihre Gelder. Wenn eine Fachschaft z. B. 10.000 € im Haushaltsplan einplant, dann bekomme diese 10.000 € ausgezahlt. Gibt diese im Jahr dann bspw. doch nur 8.000 € aus, dann hätten sie die übrigen 2.000 € trotzdem auf ihrem Fachschaftskonto liegen: „Die haben so viel Geld, wie sie im Haushalt einplanen (im Rahmen der Verteilung zulässig ist).“ Außerdem könnte diese Fachschaft darüber hinaus noch durch Partys, Verkäufe etc. Geld einnehmen.

Matti ergänzt: Es gehe grundsätzlich darum, dass die Fachschaften den Haushalt über die tatsächlichen Ausgaben bestimmen und nicht die Ausgaben am (eventuell zu großen) Haushalt.

Philip fragt: Wenn von einem Jahr die Rede sei, könnten die Fachschaften dann im laufenden Haushaltsjahr auf die Gelder des letzten zurückgreifen?

Oli erklärt es an einem Beispiel: Würde die FK 8 ihm jetzt einen Haushaltsplan für 2025/26 vorlegen, würden sie diese Gelder plus die Gelder für das SoSe erhalten. Legte die aber erst im Oktober einen Plan vor, dann bekäme sie nur die Gelder für das dann kommende Semester.

Es folgen weitere eher zirkuläre Überlegungen und Wortmeldungen, bis schließlich Philip vorschlägt, dass es besser sei, zu schreiben, dass die Fachschaften maximal die Gelder aus dem letzten Haushaltsjahr zurückfordern könnten. Dies formuliert er als entsprechenden AE-Antrag für den Sonderfond:

Die Fachschaften können maximal die Gelder aus dem letzten Haushaltsjahr zurückfordern.

Oli nimmt den AE-Antrag von Philip an. **Abstimmung über den Antrag: 12/0/3 – Antrag angenommen.**

Robert stellt einen GO-Antrag auf eine 10-minütige Pause. Keine Gegenrede. Pause bis 19:18 Uhr.

Pause vorbei. Sitzung geht weiter.

Anmerkung der Protokollantin: Der Text dieses Antrags wurde aus dem Original übernommen, lediglich die Form (hier vor allem die Auflistung) wurde für diese Datei angepasst.

Antragstitel: **Antrag zur finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongress**

Antragsteller*in: Robert Hohmann (SDS)

Antragstext: Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Anreise von bis zu 30 Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal zum o.g. Jugendkongress wird zu einem Drittel der Gesamtfördersumme (Gesamtkosten der Bahntickets abzüglich der eingekommenen Teilnehmenden-Beiträge) mit maximal 500€ unterstützt. Dieses Geld wird ausschließlich für die Hin- und Rückfahrt zum Take Back the Future Kongress genutzt, der vom 12. bis zum 14.06.2026 an der Technischen Universität Berlin stattfindet.

Begründung der Fahrt und des Antrags:

Die Studierenden der Bergischen Universität sind aktuell leider unfassbar unpolitisiert. Die meisten stören die Entscheidungen, die in der Politik getroffen werden: Strukturelle Benachteiligungen und die Klimakrise werden immer weiter ignoriert, während sich die angebliche "Mitte" der Politik erneut zum Steigbügelhalter des Faschismus macht. Diese Punkte sind aber vom dauerhaften Druck der Erzählung der Regelstudienzeit, sowie dem 24/7-newscycle so weit ins Unterbewusstsein gedrückt worden, dass die meisten Studis nur noch grob sagen können, dass "halt irgendwie alles scheiße" ist, aber gar nicht artikulieren können, woran das liegt. Alleine schon damit das StuPa und der AStA in ein paar Jahren noch in der gewohnten Stärke existieren können, braucht es neue politisierte Studierende in Wuppertal. Darüber hinaus wäre es aber auch naiv zu glauben, dass sich die Studierendenschaft als größter Anteil der Universitätsangehörigen gegen die Faschisierung der Universität stellen würde, wenn nicht jetzt eine antifaschistische Kampagne startet, die hunderte wenn nicht gar tausende Studierende an unserer Uni mobilisiert. Um solche Massen nachhaltig erreichen und zusammenhalten zu können, braucht es erstmal einen Zuwachs zur aktuellen Gruppe politischer Studis, die Veranstaltungen organisieren, Demos planen, in den hochschulpolitischen Gremien streiten und an Infoständen aufklären. Vom 12. bis zum 14. Juni 2026 wird an der TU Berlin der Take Back the Future Kongress organisiert. Dieser soll ca. 2000 Studierende, Auszubildende und Schüler*innen aus ganz Deutschland zusammenbringen, um aus dem vagen Gefühl von "irgendwie alles scheiße" ein "das sind die Probleme und hier sind Lösungsansätze dafür" zu machen. Er soll den Studis zeigen, dass die Hoffnung noch nicht gestorben ist und sie erst recht auflebt, wenn man sich engagiert. Dafür sind bereits zahlreiche renommierte Referent*innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, politischen Kampagnen und verschiedenen Influencer*innenkreisen bestätigt (näheres dazu im Programm am Ende dieser Datei oder auf der Kongress-Webseite take-back-the-future.com). Das Ganze wird durch den geplanten Festival-Charakter, mit gemeinsamer Abendgestaltung, Essen aus der KüFa

und Schlafplätzen bei Genoss*innen über die Bettenbörse zu einem unvergesslichen Erlebnis, dass im besten Fall alle mitreisenden Studis motiviert, sich für eine bessere Zukunft zu engagieren. Selbst wenn aber von den geplanten 25 Mitreisenden nur zehn ein paar Monate später noch aktiv wären, wäre das schon ein enormer Gewinn für die Politisierung unserer Universität. Wir vom SDS Wuppertal haben diese dringend benötigte Kampagne bereits gestartet: bei unserem antifaschistischen Semesterauftakt am 30.4. waren ca. 20 Studis, von denen sich schon fünf begeistert für den Jugendkongress angemeldet haben. Dabei haben wir bisher nur für den Jugendkongress plakatiert und ihn in längeren Gesprächen beiläufig als eins unserer großen Ziele für dieses Semester erwähnt. Wenn wir jetzt mit der Absicherung der Reisekosten explizit dazu einladen und dafür werben können, sind wir uns sicher, dass wir damit die 25-30 Studierenden erreichen können, die in den kommenden Semestern dafür sorgen können und wollen, dass an der BUW eine Bewegung aufgebaut wird, die die Universität wieder zu dem Treiber gesellschaftlichen Fortschritts macht, der sie einst war. Alleine wäre es uns jedoch nicht möglich, die Reisekosten zu subventionieren. Ohne Subventionierung wäre eine Beteiligung am Kongress nur für diejenigen möglich, die nicht von den finanziellen Herausforderungen betroffen sind, die die meisten Studierenden belasten. Da dieses Projekt aber allen Studierenden zugänglich gemacht werden soll und da die erwartbaren Multiplikatoreffekte der gesamten Studierendenschaft, inkl. zukünftiger Jahrgänge, zugutekommen werden, beantragen wir eine Unterstützung aus dem Haushalt der Studierendenschaft. Da uns die Knappheit des Haushalts bewusst ist, beschränken wir die beantragte Unterstützung auf ein Drittel der Gesamtfördersumme und maximal 500€. Der Rest der Gesamtfördersumme wird vom Kreisverband der Partei Die Linke in Wuppertal beantragt, da dieser sich so wie wir für bessere Studien- und Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von sozio-ökonomischem Status, Herkunft, Geschlecht oder sonstigen exklusiven gesellschaftlichen Konstrukten einsetzt. Durch diesen Antrag wollen wir die Grundlage dafür schaffen, dass dieser Kongress nicht nur ein Ereignis bleibt, das die Studierendenbewegung an anderen Universitäten stärkt, sondern auch zum Startpunkt einer neuen, aktiven politischen Dynamik an der Universität Wuppertal wird, die eng mit der bundesweiten Bewegung vernetzt bleibt: Studierende aller Universitäten, vereinigt Euch!

Begründung der Schätzung der Teilnehmendenzahl:

Aufgrund vergangener Erfahrungen mit der Mobilisierung von Studierenden, sowohl von uns in Wuppertal, als auch von Genoss*innen an anderen Universitäten, haben wir uns entschieden, dass 25 Teilnehmende ein realistisches Ziel bei unserem derzeitigen Mobilisierungspotential ist. Da einzelne Mitreisende von Sparpreis Gruppentickets, die telefonisch oder am Schalter gebucht werden, bis 14 Tage vor Reiseantritt kostenlos storniert werden können, jedoch nach Buchung keine Mitreisenden mehr zum Gruppenticket dazugebucht werden können, haben wir uns entschieden einen Puffer von 5 Tickets einzubauen, falls wir erfolgreicher sind als erhofft.

Kostenaufstellung der Wuppertaler Reise zum Take Back the Future Kongress (Begründungen der Entscheidung für die ausgewählten Tickets sind in der Kostenaufstellung aufzufinden):

- Kosten pro Teilnehmer*in (TN):
 - o Kongresskosten (vom SDS auf Bundesebene festgelegt, enthält u.a. Unterkunft, Verpflegung, Werbematerial, sowie Honorare für Referent*innen):
 - normal: 25€
 - solidarisch: 50+€
 - ermäßigt: 10€
 - soziale Härte: 0€
 - o Reisekostenanteil (vom SDS Wuppertal festgelegt, enthält nur die Bahntickets):
 - normal: 10€

- solidarisch: 20+€
 - ermäßigt: 5€
 - soziale Härte: 0€
- Beispielrechnungen für verschiedene Fälle:
 - Im besten Fall gehen wir von 20 Normalzahlenden, 5 Ermäßigten und 5 Solidarischzahlenden aus. Daraus ergäbe sich eine Reisekostenbeteiligung durch die Teilnehmer*innen (TN) von 325€.
 - Im schlechtesten Fall gehen wir von 10 Normalzahlenden, 15 Ermäßigten, 2 Solidarischzahlenden und 3 Härtefällen aus. Daraus ergäbe sich eine Reisekostenbeteiligung durch die TN von 215€.
- Die Reisekosten sind davon abhängig, ob die Schlafplätze in Berlin bereits Freitag Morgen zur Verfügung stehen. Sollten wir Freitag in Berlin ein Mittagsschläfchen machen können, können wir Donnerstag Abend um 22:30 losfahren (Details im Anhang) und es ergäben sich für 30 TN Kosten von 1.079,40€ (35,98€ p.P.)
 - Gesamtfördersumme im besten Fall bei Fahrt über Nacht: 754,40€
 - Gesamtfördersumme im schlechtesten Fall bei Fahrt über Nacht: 864,40€
- Sollten die Schlafplätze in Berlin erst ab Freitag Abend zur Verfügung stehen, können wir erst am Freitag Morgen um 06:30 losfahren (Details im Anhang) und es ergäben sich für 30 TN Kosten von 1.709,40€ (56,98€ p.P.)
 - Gesamtfördersumme im besten Fall bei Fahrt am Morgen: 1384,40€
 - Gesamtfördersumme im schlechtesten Fall bei Fahrt am Morgen: 1494,40€
- Erläuterung der Entscheidungen, die Grundlage der Kostenaufstellung sind:
 - Wir haben uns für die Buchung des Sparpreis Gruppe am Schalter anstelle des Super Sparpreises entschieden, da wir damit die Option haben, die nicht benötigten Tickets bis 14 Tage vor Abreise kostenlos zu stornieren. Somit können wir einen Toleranzspielraum zu unserem Ziel von 25 Mitfahrenden schaffen. Nachträgliche Zubuchungen wären nur über teurere Einzeltickets möglich.
 - Die Preise scheinen unabhängig vom Alter und Ermäßigungsstatus (Bahncards) zu sein. Vor der Buchung werden wir aber selbstverständlich noch einmal sichergehen, dass wir die bestmöglichen Konditionen bekommen.
- Die Abfahrt ist aus Essen, da alle vergleichbaren Verbindungen aus Wuppertal (mit D-Ticket für Teilstrecken) mindestens genauso teuer sind, dabei aber auf den Schienenersatzverkehr und Umstiege in Düsseldorf oder Hagen und Hamm bauen, was uns zur Zeit viel zu riskant ist. Verbindungen aus anderen umliegenden Städten kosten mindestens das Gleiche, sind aber schlechter zu erreichen.
- Sollten die Schlafplätze erst im Laufe des Ankunftstages bereitgestellt werden können, können wir nicht von den Studis erwarten nach einer potentiell schlaflosen Nacht im Zug, eventuell sogar noch mit Gepäck beladen, den ganzen Tag über in Berlin unterwegs zu sein und das Wochenende trotzdem als bereichernde Erfahrung, die Lust auf politisches Engagement macht, in Erinnerung zu behalten. In diesem Fall müssten wir leider auf die teurere Verbindung am frühen Freitag morgen zurückgreifen.
- Eine Reise ausschließlich mit dem Semesterticket kommt für die Strecke nach Berlin leider nicht in Frage, da wir damit zehn Stunden mit 5 Umstiegen und einer SEV-Strecke unterwegs wären, wenn alles perfekt lief:
- Verbindung am Fr. 12.06.2026 (kopiert von bahn.de am 3.5.2026)
 - von Wuppertal Hbf, Abfahrt 03:56 Uhr mit Fußweg

- nach Berlin Hbf, Ankunft 13:57 Uhr Gl. 11 mit 73729
- Verbindung ansehen: <https://www.bahn.de/buchung/start?vbid=ef4d6ccd-7e9a-4638-b675c0969301d993>
- Auf der nächsten Seite sind die beiden Optionen (Abfahrt in Essen um 00:22 bzw. 08:21) aufgelistet. Rechts ist der Sparpreis Gruppe, von dem wir aufgrund der Stornierungsmöglichkeiten, die wir bei Buchung am Schalter haben, Gebrauch machen wollen:

Essen Hbf – Berlin Hbf 30 Personen (15-26 J.) 30 BahnCard 25, 2. Klasse Reisende

Angebotsauswahl Fr. 12. Juni 2026, 00:22 – 05:35 | So. 14. Juni 2026, 23:51 – 05:14

<p>2.kl. Hin- und Rückfahrt 1.019,40 €</p> <p>Kombiangebot</p> <p>Hinfahrt 509,70 € Super Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ! Stornierung ausgeschlossen ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>Rückfahrt 509,70 € Super Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ! Stornierung ausgeschlossen ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>→ Details</p> <p>Auswählen</p>	<p>2.kl. Hin- und Rückfahrt 1.079,40 €</p> <p>Kombiangebot</p> <p>Hinfahrt 539,70 € Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ✓ Stornierung bis 7 Tage vor dem 1. Geltungstag kostenpflichtig ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>Rückfahrt 539,70 € Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ✓ Stornierung bis 7 Tage vor dem 1. Geltungstag kostenpflichtig ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>→ Details</p> <p>Auswählen</p>		
--	--	--	--

Angebotsauswahl Fr. 12. Juni 2026, 08:21 – 12:16 | So. 14. Juni 2026, 23:51 – 05:14

<p>2.kl. Hin- und Rückfahrt 1.559,40 €</p> <p>Kombiangebot</p> <p>Hinfahrt 1.049,70 € Super Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ! Stornierung ausgeschlossen ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>Rückfahrt 509,70 € Super Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ! Stornierung ausgeschlossen ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>→ Details</p> <p>Auswählen</p>	<p>2.kl. Hin- und Rückfahrt 1.709,40 €</p> <p>Kombiangebot</p> <p>Hinfahrt 1.169,70 € Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ✓ Stornierung bis 7 Tage vor dem 1. Geltungstag kostenpflichtig ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>Rückfahrt 539,70 € Sparpreis Gruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ! Zugbindung ✓ Stornierung bis 7 Tage vor dem 1. Geltungstag kostenpflichtig ✓ Sitzplatzreservierung inklusive <p>→ Details</p> <p>Auswählen</p>		
--	--	--	--

Auf der nächsten Seite folgte das Programm des take back the future Kongress:

Programm take back the future Kongress

Über 80 Panels, Workshops, Kampagnenwerkstätten, Kulturveranstaltungen und vieles mehr. Wir eignen uns Wissen und Skills für die politische Praxis an, diskutieren über Strategien und schmieden Pläne, mit denen wir in die Offensive kommen!



Freitag, 12. Juni		Kongressöffnung in Denen/Innen																	
14:00-15:30		Anmeldung																	
17:00-19:30		Kongresseröffnung in Denen/Innen																	
19:30-21:00		Macht aufbauen für echte Veränderung! Rally																	
Samstag, 13. Juni		The Day x Jacobin (Socializing Event) ANTiFA: Schüler*in Schüler*in, wo der Staat versagt! (Film)																	
9:30-11:30		Workshop: Social Media für Sozialist*innen (SDS Bundesweit)																	
11:30-13:00		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	
13:00-15:00		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	
15:30-17:30		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	
19:30-21:30		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	
Sonntag, 14. Juni		Party!																	
11:00-13:00		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	
13:30-15:00		Workshop: Die Rolle der Arbeiter*innen in der Revolution (Prof. Dr. Jan Rüttmann)																	

Anmerkung der Protokollantin: Für eine bessere Auflösung des Programms s. online: <https://take-back-the-future.com/wp-content/uploads/2026/05/take-back-the-future-Programm.pdf>.

Robert erklärt dem Parlament, dass es sich beim „take back the future“ Kongress um einen großen Jugendkongress handelt, der an der TU-Berlin ausgerichtet wird und sich primär an Schüler*innen und Studierende wendet. Die Relevanz dieses Antrags ergebe sich daraus, dass es an der Uni (und an Unis generell) große Probleme bei der Politisierung von Studierenden gäbe, womit auch viele Studierende selbst unzufrieden seien, weil sie empfänden, dass die Politik für vieles keine Lösungen finden würde. Er sagt, dass etwas passieren müsse, damit sich Studierende wieder in allen möglichen Gremien engagieren würden. Wenn die jetzige Generation weg sei, so Robert, müsse ja auch Nachwuchs kommen. Deswegen organisieren die SDS Wuppertal eine gemeinsame Anreise zum „take back the future“ Kongress für ca. 25 Studierende. Die Kosten dafür belaufen sich auf ein Drittel der Gesamtsumme (max. 500 €). Weil die Fahrt der gesamten Studierendenschaft zugutekomme (sowohl diesen als auch allen zukünftigen Generationen), sehe er es als angemessen an, als Studierendenschaft Wuppertal die Kosten mitzutragen.

Solveig fragt, ob alle den Antrag bekommen hätten und im Bilde seien, weil es wieder Probleme mit dem Verteiler gegeben habe. So sei Philip z. B. aus dem Verteiler des StuPas entfernt worden, auch wenn sich an seinem Mandat nichts geändert habe. Das Präsidium sei, erklärt Solveig, etwas verärgert deswegen, weil man zuvor noch die Mailverteiler aufgeräumt habe und etwa Laura die Parlamentarier*innen einzeln eingetippt und an die IT geschickt hatte. Das Präsidium werde sich nochmal an die AStA-IT wenden.

Philip findet es „mega“, dass man sowas organisieren und mache. Aber es sei zumindest diskutierenswert, ob die private Anfahrt tatsächlich von der Studierendenschaft Wuppertal bezahlt werden sollte, wenn es sich doch um einen SDS-Kongress handle – denn auch wenn Robert das nicht gesagt hat, seien die Organisa-

tor*innen Studis gegen rechts und der SDS Berlin sowie die Linke.SDS in Gänze. Auch werde der Kongress vom SDS finanziert (teils von der Mutterpartei Die Linke, teils vom Bundes-SDS).

Matti erwidert, dass der Kongress zwar vom SDS organisiert sei, sich aber an alle richten solle und so „ein Zeichen gegen den Faschismus“ setzen möchte. Er verweist auf das Hochschulgesetz, indem es heiße, dass es auch Aufgabe der ASten sei, die politische Bildung zu fördern.

Florian bringt seine Verärgerung sehr deutlich zum Ausdruck und nennt den Antrag „eklatant rechtswidrig“. Er kritisiert die Sprache des Antragstextes und der Antragsbegründung und stört sich am Konzept eines antifaschistischen, antikapitalistischen, antiimperialistischen Kongresses organisiert vom SDS als einem linksradikalen Verbund, der, wie er sagt, nicht umsonst in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Über den Inhalt hinaus störe ihn vor allem rechtlich, dass es sich hierbei ganz klar um eine parteinahe Veranstaltung handle, die das hochschulpolitische Mandat überschreite. Dazu (bzw. dagegen) gebe es bereits zahlreiche Rechtsurteile. Florian stellt einen GO-Antrag auf eine Nichtbehandlung des Antrags.

Philip legt formale Gegenrede ein. Entsprechend folgt die **Abstimmung über den GO-Antrag (auf Nichtbehandlung des Antrags): 2/13/0 – Antrag wird weiter behandelt.**

Maximilian: Sieht den Antrag und die Thematik auch problematisch, würde man als StuPa diesem Antrag zustimmen. Referent*innen, auch solche, die nicht die eigene politische Haltung hätten, einladen, sei das eine und politische Bildung zu betreiben auch schön und gut, aber dieser Kongress sei etwas anderes: Ein SDS-Kongress sei nicht „das politische Erwachen der gesamten Studierendenschaft“. Würden die Jusos, Campus Grün, die LHG oder der RCDS einen solchen Antrag präsentieren, dann wäre es für den SDS sicherlich klar, dass man nicht zustimmen würde. Politische Mobilisierung sei an und für sich ja „super“ und er nehme auch wahr, dass die Politikverdrossenheit an Universitäten zunehme; das sei schade, aber für eine Veranstaltung zu werben und zu finanzieren, die von einer einzigen politischen Organisation sei, sehe er sehr problematisch, und das nicht, stellt er klar, weil diese vom SDS (mit-)organisiert sei. Würde der SDS jetzt einen Referenten einladen wollen, wäre das was anderes. Denn dieser, egal ob er diesen dann gut oder schlecht fände, würde keine politische Mobilisierung für nur eine Partei machen, sondern zu einem Thema referieren/bilden. Er wüsste auch gar nicht, wieso durch StuPa-Gelder exklusiv eine SDS-Veranstaltung finanziert werden müsse. Dafür gebe es doch andere Möglichkeiten, wie politische Stiftungen – egal in welcher Partei man sei. Außerdem sei die Linke – entsprechend auch der SDS – nicht unbedingt die kleinste politische Organisation und müsse es doch schaffen, sich auch ohne die Hilfe der Studierendenschaft zu finanzieren.

Matti erklärt, dass die Gelder der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Grundlage der letzten Legislaturperiode berechnet würden, daher habe diese aktuell immer noch weniger Geld, auch wenn die Linke jetzt größer sei, weil sie bei den Wahlen erfolgreicher war – außerdem hatte der SDS auch schon andere Veranstaltungen fördern lassen. Und was man nicht mache, sei die gesamte Veranstaltung zu fördern, sondern nur die Studierenden der BUW, die daran teilnehmen wollen würden. Daher sehe er es sehr wohl als rechtens an, dass die Studierendenschaft die eigenen Studierenden fördere, die an einer solchen „breitgefächerten Veranstaltung“ teilnehmen wollen, die schließlich auch offen für alle sei (nicht nur Linkspartei- und SDS-Mitglieder).

Oli gibt eine finanzielle Einschätzung: Es handle sich hierbei nicht um das Sponsoring einer studentischen Organisation an der Uni. Daher greife hier nicht das Sponsoring, sondern ein anderer Topf, der noch 700 (von 1.000) € enthalte. Weiter hat Oli noch eine Frage: Wenn es sich hierbei doch um einen SDS-Kongress handle, wieso die Abrechnung der Fahrtkosten nicht über den SDS bzw. die Linke möglich sei. Er selber kenne das so, dass man, teils auch unabhängig von Parteibuch, die Möglichkeit habe, sich die Reisekosten für eine Parteiveranstaltung von dieser oder der eigenen Partei finanzieren zu lassen (hier also primär vom SDS oder der Linkspartei).

Sam erklärt: Dieser Kongress ermögliche einfach eine Art von Bildung, die an dieser Uni so nicht ausgeprägt sei. Der SDS wolle diesen Jugendkongress als Angebot wahrnehmen, das man an der Uni sonst, vor allem in der Form, nicht leisten könne. Durch die Förderung hätten sogar Leute wie ihr [dabei deutet er in Richtung der Opposition], die sonst weniger mit dem Thema zu tun hätten, die Möglichkeit, nach Berlin zu fahren und sich sowas mal anzuschauen.

Robert weist auf die Veranstaltung mit Ahmad Mansour hin (*s. für den Antrag der LHG auf „Unterstützung für eine Vortragsveranstaltung mit Ahmad Mansour an der Bergischen Universität Wuppertal“ das Protokoll der 3. ordentlichen StuPa-Sitzung 25/26, am 7. Mai 2025, Link: http://stupa-wuppertal.de/wp-content/uploads/2025/09/3.-vorlaeufiges-Protokoll_3_ordentliche_StuPa_Sitzung_07-05-25.pdf*). Für diese hätten sie damals das Doppelte der jetzt geforderten Höchstsumme von 500 € ausgeben wollen [laut Antrag hätten „bis zu 2.000 Euro aus Haushaltsmitteln des AStA bereitgestellt werden“ sollen]. Robert erklärt, dass diese Lesung auch nur in eine parteipolitische Richtung gelaufen wäre. Sie [die studentische Mitte] könnten gerne versuchen einen Kongress zu organisieren, der alle politischen Richtungen abdeckt, Robert selber glaube aber nicht, dass sowas überhaupt organisiert werden könne. Er sehe, dass Studierende an dieser, und auch an anderen Unis, er linkspolitisch ausgerichtet seien, und trotzdem handle es sich hierbei um keine Fahrt, die darauf ausgerichtet sei, dass danach alle Teilnehmer*innen Mitglied des SDS würden. Er würde die Mitglieder, wären sie anderer politischer Ausrichtung zugeneigt, auch an andere Gruppen und Initiativen verweisen. Die Hauptsache sei doch, dass sie sich überhaupt wieder politisch engagierten, damit „die Politik an der Uni am Leben bleibt.“ Dieser Antrag, so bekräftigt er nochmal, unterstütze gezielt nur die Fahrtkosten von Studierenden der Bergischen Universität! Der Rest (Honorare der Referent*innen, Verpflegung, Unterkunft etc. würde vom SDS finanziert), also ginge es hier doch spezifisch um die Förderung von Studierenden aus Wuppertal. Zum Thema, warum die Fahrtkosten nicht vom SDS übernommen werden würden, sagt er: Bei kleineren Kongressen würden die Fahrtkosten teils auch übernommen werden, nur sei das bei der Größe dieses Kongresses (ca. 2000 Teilnehmer*innen) einfach nicht möglich. Erst recht nicht, bei einem Teilnehmer*innenbeitrag von 25 € – und es sei grundsätzlich auch unfair gegenüber den Berliner*innen, dass diese dann die Anfahrt aus Wuppertal, Freiburg oder sonst woher organisieren oder finanzieren müssten. Deswegen werde die Anreise lokal organisiert.

Maximilian wiederholt, was für ihn grundsätzlich das Problem sei: Auch wenn die Referent*innen nicht grundsätzlich etwas mit dem SDS oder der Partei die Linke zu tun hätten, sei das trotzdem ein Kongress, der dieser Strömung mindestens nahestehe. Er nennt als Gegenbeispiel einen Kongress der Bundes-LHG, der im Januar stattgefunden hat und dessen Kosten durch öffentliche Mittel, Teilnehmer*innenbeiträge und Parteizuschüsse erstattet werden würden. Er betont, dass die LHG schließlich auch nur sehr begrenzte Mittel habe – was eben passiere, wenn „man überall aus den Parlamenten fliegt“. Der SDS nicht mal ein hochschulinterner Verband, sondern ein bundesweiter. Es müsse doch also die Möglichkeit bestehen, sich das anderweitig finanzieren zu lassen (wenn es eine komplette Bildungsveranstaltung ist, dann sei er sich ziemlich sicher, dass sich die Kosten über öffentliche Mittel finanzieren lassen müssten).

Solveig kommt nochmal auf die finanzielle Einschätzung des AStA-Finanzers zurück: Oli habe erklärt, dass der Topf „Sponsoring Sonstiges“, in dem (sie fragt nochmal nach und bekommt von Oli, der nochmal nachschaut, nun folgende Zahlen:) von 1.500 € noch 751 € zur Verfügung stünden. Die Kritik an diesem Antrag sei also entsprechend angemessen und vor allem auch die Frage, ob der SDS sich auch um anderes Sponsoring bemüht habe, bevor man die Gelder der Studierendenschaft verwende. Sie fragt ganz konkret: Hat man sich noch um andere Förderung bemüht? Gerade vor dem Hintergrund, dass der Topf für Sonstiges Sponsoring dann ausgereizt werde, sei die Frage, ihrer Meinung nach, legitim. Besonders ärgere sie, dass man vorher bei der Geo-Fachschaft so knausrig gewesen sei, die auf jeden Fall eine hochschulinterne Organisation sei und wenig andere Förderungsmöglichkeiten habe, aber bei diesem Antrag dann nicht mal die Argumente des eigenen Finanzers anhöre. Außerdem erklärt sie in Bezug auf Roberts Hinweis zur Veranstaltung mit Ahmad Mansour, dass das ein schlechtes Beispiel sei, denn genau diesen Antrag habe man ja damals abgelehnt.

Florian merkt an, dass sich die Begründung seiner Meinung nach wie eine „linksextremistische Kampfschrift“ lese.

Matti erklärt – in Bezug auf Maximilian – dass die Kosten für einen Bundeskongress vom SDS getragen werden, das sei aber etwas anderes als dieser Kongress. Die Partei die Linke in Wuppertal übernehme bereits 2/3. Die im Antrag geforderten 500 € seien doch auch unter dem Förderbeitrag der Studierendenschaft. Außerdem gebe es auch die Möglichkeit, dass Teilnehmer*innen mehr zahlen oder die Anfahrt sogar selbst zahlen, wenn sie die finanziellen Möglichkeiten hätten. Der Kongress sei schließlich solidarisch organisiert. Man habe sich als SDS sehr wohl Gedanken gemacht, wo man Geld herbekommen könne – das wisse er, weil er selbst Schatzmeister vom Kreisverband in Wuppertal sei und man mit ihm und der Linken in Wuppertal geredet und um Förderung gebeten habe.

Marcel erklärt vor dem Hintergrund, dass hier jetzt die ganze Zeit die Rede davon gewesen sei, ob es überhaupt rechtens sei, diesen Antrag im StuPa zu stellen, dass die richtige Frage doch eher sei: „Darf man den Antrag hier im Raum stellen?“ – und dazu sei die die Antwort doch aber ganz klar: „Ja, darf man!“ Denn immerhin seien alle hier Anwesenden demokratisch legitimiert – ergo: „Wir dürfen das!“

Philip betont nochmal, dass der Kongress ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung darstelle, auch wenn nicht das ganze Spektrum abgedeckt werde! Aber dass eine, wie er sagt, listenspezifische Fahrt durch diese Listen mit Geldern der Studierendenschaft finanziert werden würde, könne er nicht verstehen. Die Juso HSG würde bspw. Veranstaltung- aber eben auch Reisekosten über Mandatsträger*innenabgaben regeln, sodass man auch einen eigenen kleinen Haushalt nutzen könne. Für größere Ausgaben habe man immer noch die Möglichkeit, bei der Mutterpartei um mehr Geld zu bitten. Er würde dem SDS empfehlen, das hier und vor allem zukünftig auch so zu regeln.

Robert bestärkt nochmal Mattis Kommentar: Man habe sich wirklich viele Gedanken bezüglich der Organisation und auch der Finanzierung des Kongresses gemacht. Auf Bundesebene habe der SDS sogar zwei Teilzeitkräfte eingestellt, die sich mit der Kostenfrage auseinandergesetzt hätten. Die einzige Möglichkeit, die sich hier aufgetan habe, sei – neben der Studierendenschaft – eben der Kreisverband der Linken gewesen (die, wie Matti schon sagte, 2/3 zugesichert haben). Weiter möchte er ausdrücklich betonen, dass es sich hierbei um keine listenspezifische Fahrt handele! Sie sei zwar vom SDS organisiert – weil sie gerade die Möglichkeit hatten und die Gelegenheit gesehen hätten –, aber es interessiere niemanden, ob man vom

SDS oder den Jusos sei und ergänzt noch, dass das auch für den RCDS gelte. Robert erklärt, er sähe auch keinen Unterschied darin, ob man einen Kongress veranstalte oder Referent*innen einlade, um politische Bildung zu machen. Es sei ja quasi so, als würde jeder SDS-Ortverband eine*n Referent*in einladen (nur zusammen, an einem Wochenende, in Berlin). Auf Solveig bezogen möchte er nur erklären, warum er Ahmad Mansour angesprochen habe: Das tat er, weil der Antrag der LHG damals doch zeige, dass das StuPa eben – anders als die Opposition gerade behaupten möge – eben doch der Ort sei, um darüber zu entscheiden, ob man eine solche politische Veranstaltung finanzieren werde. Auch wenn der Antrag der LHG dann abgelehnt worden sei, weil man zu dem Entschluss gekommen war, dass diese Veranstaltung nur einen kleinen Teil der Studierenden interessiere und dafür und insgesamt zu teuer sei. Robert erklärt zudem, dass alle Tickets so gebucht werden sollen, dass vorher storniert werden können (*die Tickets sind 14 Tage im Voraus kostenlos stornierbar*). In der Kostenaufstellung sei dies auch so eingeplant und für jedermann nachlesbar [s. die Kostenaufstellung auf S. 12–14 dieses Protokolls]. Hinsichtlich Florians Bedenken, dass das eine linke Veranstaltung sei, erklärt er: Der Großteil der Studierendenschaft stehe halt links der Mitte! Entsprechend komme dieser Antrag auch dem Großteil der Studierendenschaft zugute.

Solveig möchte der Richtigkeit halber kurz klarstellen, dass der Antrag zur Veranstaltung mit Ahmad Mansour letztes Jahr nicht etwa deswegen abgesagt wurde, weil man der Meinung war, diese käme nur einem kleinen Teil der Studierenden zugute; das stimme einfach nicht: „Das war, weil er [Mansour] islamophobe, mindestens spalterische Aussagen tätigt“, die man, so hatte das StuPa es beschlossen, hier an der Uni nicht haben wollte – unabhängig davon, dass man fand, 2.000 € für einen Referenten viel zu viel Geld wäre.

Martin von Blickfeld hat auch noch ein paar Fragen zur Umsetzung: Wie soll das Angebot in der Studierendenschaft publiziert und platziert werden; wie werden die Plätze vergeben (wenn diese schließlich massiv begrenzt sind); und sollen ausschließlich neue Personen damit angesprochen werden?

Oli weist auf die Förderrichtlinie des AStA hin: Demnach müsste gefördert werden, solange ein kultureller (etc.) Aspekt gefördert werde. Jedoch existiere in NRW auch noch das Hochschulgesetz. Dieses besage, dass mit den Geldern der Studierendenschaft keine allgemeinpolitischen Veranstaltungen finanziert werden dürfen. Er erklärt nochmal, dass er – als Oliwer Bramorski, linker Jusos und SPD-OV-Vorsitz in Leverkusen und Privatperson – die Veranstaltung „super“ fände und auch gerne selbst hinfahren würde. Nichtsdestotrotz habe er als Finanzreferent des AStA der Uni Wuppertal, der er nun mal sei, aber auch Bauchschmerzen in Bezug auf die rechtlichen Aspekte hinter diesem Antrag. Er mahnt: Wenn das am Ende vorm Verwaltungsgericht lande, dann werde er allen, die dafür gestimmt haben, einen bösen Brief schreiben – denn immerhin könne letztlich er dann dafür verklagt werden.

Maximilian erklärt noch kurz – sich auf einen vorherigen Wortbeitrag beziehend –, dass er sich falsch ausgedrückt habe. Er habe nicht den Bundeskongress, sondern Kongresse mit bestimmten Themen gemeint. Für solche könne man scheinbar das Geld mittels öffentlicher oder anderweitiger Fördermittel zurückbekommen. Danach wiederholt er seine Argumente bzgl. Förderung etc.

Florian bedankt sich nochmal bei Oliwer, dass er seine rechtlichen Bedenken teile.

Es kommt die Frage auf, ob die Diskussion nicht langsam beendet werden könne. Solveig sagt, sie sei etwas verduzt, denn schließlich seien noch ein paar Fragen von Martin offen. Sie fragt, ob man auf diese nicht eingehen wolle – vor allem, da sie schon von einem interessierten Gast gestellt wurden.

Robert erklärt daraufhin: Die Verteilung funktioniere nach dem Windhundverfahren; beworben werde die Veranstaltung mit Plakaten, auf eigenen Veranstaltungen und durch Infostände. Er erklärt, dass andere natürlich auch gerne Werbung dafür machen dürften („tobt euch gerne aus“); es würden aber nicht nur neue Leute angesprochen, sondern auch Menschen, die schon dabei seien und die sich langsam in hochschulpolitische Gremien vorantasteten und dann z. B. unsicher seien, wie sie weiter vorgehen sollen. An Oli gerichtet erklärt er noch, dass er wenig Bedenken wegen rechtlicher Fragen habe: Dadurch, dass der Kongress durch den Studierendenverband organisiert werde und explizit für und von Studierenden mit organisiert werde, sei da der Fokus ganz konkret auf der hochschulpolitischen Arbeit. Er wisse aber auch nicht, ob es sich hierbei schon um ein allgemeinpolitisches Mandat handeln würde.

Abstimmung: 9/5/1 (Ja/Nein/Enthaltung) – Antrag angenommen.

Florian meldet ein Sondervotum dazu an. Da möglicherweise nicht alle, vor allem die neuen Parlamentarier*innen, nicht wissen, was ein Sondervotum ist, erklärt Matti dies kurz und knapp: Bei einem Sondervotum haben überstimmte StuPa-Mitglieder die Möglichkeit, ihren abweichenden Standpunkt darzulegen, sofern sie dies in der entsprechenden Sitzung ankündigen und innerhalb von sieben Tagen schriftlich dem Präsidium vorlegen (s. StuPa-GO, § 15: <http://stupa-wuppertal.de/wp-content/uploads/2025/01/Geschaeftsordnung-StuPa-2024.pdf>):

Sondervotum zum Antrag „Antrag zur finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongress“ von Florian Möschler (studentische Mitte):

Der Hauptgrund für die Ablehnung liegt in einer massiven Überschreitung des gesetzlichen Aufgabenkatalogs gemäß § 53 Abs. 2 HG NRW. Die Studierendenschaft besitzt kein allgemeinpolitisches Mandat (vgl. VerFGH 2/98); der Kongress fokussiert sich jedoch fast ausschließlich auf allgemeinpolitische Themen, die keinen spezifischen Bezug zum Studium oder zur Hochschule aufweisen. Eine bloße Konstruktion eines Hochschulbezugs durch Schlagworte reicht rechtlich nicht aus (vgl. BVerwG 6 C 10.98, VG Köln 6 L 2352/23), um die Verwendung von Beiträgen der Studierendenschaft zu rechtfertigen.

Zudem verstößt die Förderung gegen das Gebot der politischen Neutralität und ein pluralistisch ausgewogenes Bildungsangebot (vgl. VerFGH 2/98), das für Maßnahmen der politischen Bildung vorausgesetzt wird. Eine einseitige Reisekostenunterstützung für Teilnehmer einer Veranstaltung des SDS ist mit dieser Neutralitätspflicht nicht vereinbar.

Daraus folgt zwingend ein Verstoß gegen § 2 Abs. 4 HWVO NRW, der Zuwendungen untersagt, die nicht mit den gesetzlichen Aufgaben vereinbar sind. Eine Auszahlung würde somit eine rechtswidrige Verausgabung öffentlicher Mittel darstellen und den grundrechtlichen Abwehranspruch der Pflichtmitglieder aus Art. 2 Abs. 1 GG verletzen (vgl. BVerwG 6 C 10.98, VG Köln 6 L 2352/23).

Der Beschluss ist daher dem Grunde nach rechtswidrig und unterliegt der Beanstandungspflicht durch das Rektorat gemäß § 53 Abs. 6 HG NRW i.V.m § 76 Abs. 2 HG NRW.

Anmerkung der Protokollantin: Dieses Sondervotum entspricht der Form, wie es dem Präsidium am Dienstag, den 12.05.2026, zugeschickt wurde, und ist gemäß der StuPa-GO abgedruckt: Diese besagt, dass das fristgerecht angekündigte wie eingereichte Sondervotum anschließend ins Protokoll aufgenommen werden muss (s. StuPa-GO, § 10 Abs. 3: <http://stupa-wuppertal.de/wp-content/uploads/2025/01/Geschaeftsordnung-StuPa-2024.pdf>).

Martin verlässt die Sitzung um 20:13 Uhr.

TOP 5 Berichte aus den Gremien

Raphael berichtet aus dem AStA und vom AStA-Vorsitz:

- Zum neuen AStA-Vorsitz: Er und Benne hätten sich als AStA-Vorsitzenden (zusammen mit Dave, der das aber schon in zweiter Amtszeit tue) mittlerweile gut eingelebt.
- Er wiederholt nochmal, dass es leider noch keine Rückmeldung bzgl. der Deutschlandticketgelder gegeben habe (wie in der Diskussion um den Antrag der Geo-Fachschaft schon angemerkt worden sei). Die Thematik wolle man auch im nächsten Rektoratstreffen ansprechen.
- Zudem erhöhe der Freie Zusammenschuss von Student*innenschaften (FZS) seine Beiträge wie folgt: Aktuell 80 Cent → Erhöhung auf 96 Cent (WiSe26/27, also jeweils ab Oktober) → Erhöhung auf 1 € (WiSe27/28) → Erhöhung auf 1,04 € (WiSe28/29).

Philip fragt, ob Verhandlungen mit dem fzs zur Höhe der Beiträge möglich seien.

Hanna fragt, warum man überhaupt Mitglied im FZS sei.

Solveig findet die Situation, wie sie sagt, „ehrlich gesagt ziemlich lustig“. Sie müsse jetzt, wie sie sagt, einfach mal ihre Eltern raushängen lassen und sagen: „Hab ichs doch gesagt!“ Sie erklärt für alle „unwissenden Neulinge“ und die, die sich nicht mehr erinnern, dass das vor einigen Jahren ein riesiges Streitthema im AStA gewesen war, bei dem sich die Jusos massiv gegen den SDS und damals noch die GHG (Grüne Hochschulgruppe) gestellt hatten, und zwar genau aus dem Grund heraus, dass man gesagt hat: Das werde zu teuer und dass man die Vernetzung, die der FZS biete, schon im LAT (Landes-ASten-Treffen) bekäme und dafür nicht noch den teuren FZS brauchen würde.

Matti erklärt, dass man sowas ja nicht immer wissen könnte. Vielleicht kämen die Listen jetzt zum Entschluss, dass man wieder aus dem FZS austreten wolle, das wäre dann aber „auch nur fair“. Aktuell sei das mit dem FZS ohnehin nicht so einfach: Dieser hatte einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der BDS-Bewegung beschlossen, die zum Boykott gegen Israel aufruft, und da man dem SDS vorwerfe, Teil der BDS-Bewegung zu sein, arbeite der FZS auch nicht mit dem SDS zusammen. Weiter erklärt Matti, der AStA sei dem FZS damals auch beigetreten, da dieser viele Möglichkeiten geboten habe, wie die bundesweite Vernetzung, Fortbildungsangebote und z. B. Awareness-Schulungen. Diese zu nutzen habe man aber irgendwie versäumt und dann, wenn man solche Angebote genutzt habe, habe man stattdessen eher die vom LAT wahrgenommen.

Anmerkung der Protokollantin: BDS steht für „Boycott, Divestment, Sanctions“ (deutsch: „Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen“). Zum vom FZS 2018 beschlossenen Antrag „Antisemitische Boykott-Bewegungen aufdecken und aufhalten“ s. <https://www.fzs.de/unvereinbarkeitsbeschluss/>.

Sam resümiert: Es habe mal einen Grund gegeben, dem FZS beizutreten. Dieser sei vielleicht mal gut gewesen, jetzt könne man das Ganze ja nochmal überdenken.

Laura berichtet von der letzten Sitzung der Gleichstellungskommission, am 15. April 2026: Der Gleichstellungspreis (der von einem Erstsemestler der Fakultät Kunst und Design entworfen wurde) wurde vom Rektorat bestätigt. Das Rektorat hatte unter drei Vorschlägen, die von einer kleineren Auswahlgruppe der Gleichstellungskommission ausgesucht worden waren, ein Projekt als zukünftigen Gleichstellungspreis ausgesucht. Diese Auswahl wird nun die nächsten fünf Jahre als neuer Gleichstellungspreis vergeben. Nach Ablauf dieser fünf Jahre soll dann ein neuer Preis vergeben werden; dafür wird dann erneut unter den von

Studierenden der Fakultät für Kunst und Design entworfenen Projekten eines als Gleichstellungspreis ausgeschrieben und für die kommenden fünf Jahre vergeben werden. Der jetzige Preis ist ein kleiner Teppich in Form einer Hand – der Farbverlauf gleicht dem einer Wärmekamera von blau zu gelb und rot in der Mitte und kann, den Angaben des Künstlers nach, multifunktional genutzt werden: als Teppich auf dem Boden, als Wandteppich oder in einem Regal.

Laura berichtet vom Kuratorium der Studienstiftung: Man bemühe sich um eine neue Öffentlichkeitskampagne, um die Stipendien besser zu bewerben, da diese in der Vergangenheit tendenziell wenig beworben und abgerufen worden seien. Dafür wolle die ZSB auf den AStA zugehen. Beim Sachkostenzuschuss gebe es Überlegungen, diesen besser zu verwenden, etwa durch eine Förderlinie für Studierende mit Kindern in Kooperation mit dem Familienbüro in Absprache. Außerdem habe man um ein Stimmungsbild im StuPa gebeten, bzgl. der Frage, welche Studis in diesem potenziellen Auswahlgremium sitzen sollen – das Auswahlgremium würde über die Vergabe des Stipendiums über das Familienbüro entscheiden (sollte diese Kooperation überhaupt zustande kommen). Im Kuratorium habe man überlegt, ob die bereits gewählten studentischen Mitglieder im Kuratorium der Studienstiftung oder aber AStA-Referent*innen (z. B. Soziales) diese neue Auswahlkommission besetzen sollen. **Entsprechend bittet Laura die StuPa-Mitglieder um ein kurzes Stimmungsbild per Handzeichen: Die Mehrheit der Parlamentarier*innen findet, dass diese neue Auswahlkommission (sollte sie zustande kommen) besser von den studentischen Mitgliedern des Kuratoriums besetzt werden sollte;** auch, da diese ohnehin schon im Thema seien. Zu guter Letzt berichtet Laura noch, dass ein neuer Vorsitzender gewählt wurde; bzw. wurde mit Johannes Slawig der alte Vorsitzende wiedergewählt.

Solveig erklärt, dass Johannes Slawig ein alter Wuppertaler CDU-Politiker, der lange Kämmerer und bis Oktober 2022 Personaldezernent in Wuppertal gewesen war.

Laura berichtet von der Konstituierung des Senats, am 22. April 2026: Die konstruktive Konsolidierung der Finanzen war erneut Thema und es wird geprüft, für die nächste Senatssitzung die verschiedenen Fakultäten einzuladen, damit diese ihre Maßnahmen vorstellen können. Die Viertelparität in den Senaten (und Senatsgremien) der Hochschulen gilt nun landesweit als Norm. Das heißt, dass in der Regel die vier verschiedenen Statusgruppen der Hochschulen – also Hochschullehrer*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen in Technik/Verwaltung und Studierende – im Senat über die gleichen Stimmen verfügen sollen. *Die Maßnahme ist Teil des Hochschulstärkungsgesetz NRW (https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/referat_hochschulstaerkungsgesetz.pdf).* Weiter berichtet sie, dass das von Studierenden mitausgearbeitete „Commitment to Integrity“ – eine Art Selbsterklärung der gemeinsamen Werte und Verhaltensgrundsätze an der BUW – einstimmig verabschiedet wurde. Zukünftig sollen sich Studierende im Rahmen ihres Immatrikulationsprozesses (in welcher Form genau ist noch unklar) zum Commitment bekennen (*Link: <https://diversitaet.uni-wuppertal.de/de/aktuelles/ansicht/senat-befuerwortet-commitment-to-integrity-fuer-studierende-1/>*).

TOP 6 Hochschule und Hochschulpolitik

Sam erzählt, dass ein größeres Projekt ins Rollen komme, bei dem es um politische Bildung/Mobilisierung und auch Demokratie an Schulen und Hochschulen gehen werde. Es werde spannend, welche Veranstaltungen dazu alles stattfinden werden (es sei z. B. eine Podiumsdiskussion zum Thema Neutralitätsgebot, v. a. im Kontext Schule und Lehrer*innenbildung, geplant). Im Rahmen dessen bittet er außerdem die anderen Listen, sich „mal wieder mehr zu engagieren“. Er habe das Gefühl, dass die anderen Listen (die Juso HSG und die studentische Mitte) „aussterben“ würden. Davor habe er, wie er sagt, etwas Angst, denn wie solle

man dann in Zukunft verfahren, wenn es gar keine Opposition mehr gäbe und dann keine politische Diskussion mehr stattfinden würde. Er möchte auch Jusos/SDSler*innen dazu anhalten, „mal wieder mehr zu machen“.

Solveig findet Sams Aussagen nicht nur frech vorgebracht, sondern erinnert Sam auch daran, dass die Jusos nicht die Opposition seien, sondern der (langjährige) Koalitionspartner im AStA, ohne den die AStA-Bildung gar nicht möglich wäre (oder nur mit massivem Mehraufwand für Sams Liste. Aktuell stellten die Jusos schon wieder den Finanzer und zwei Mitglieder im StuPa-Präsidium ebenso zwei Senatsmitglieder und besetzen darüber hinaus zahlreiche Gremien, weil seine Liste das alleine „nicht geschissen“ bekommen würde. Außerdem sei seine Aussage, man solle mal wieder mehr machen, respektlos denen gegenüber, die schon so lange dabei seien; ob er glauben würde, sie und bspw. Laura oder auch Matti (und alle hochschulpolitisch engagierten Studis) würden so lange studieren, weil es ihnen Spaß mache und nicht etwa, weil sie seit Jahren ihr Studium zugunsten der hochschulpolitischen Arbeit und der studentischen Vertretung vernachlässigen würden!? Sie erinnert ihn daran, dass seine Liste aktuell auch dank der Bundespolitik – bzw. dem Unmut über diese – profitiere; in der Hochschulpolitik gebe es immer Auf und Abs, was aber nicht heiße, dass sie oder andere Listenmitglieder sich nicht bemühten oder gar zu wenig engagieren würden. Sie fordert von Sam, er solle „mal ein bisschen Respekt haben“ und dass sie sich von einem „Neuling“ nicht „in die Suppe spucken lasse“.

Sam sagt, er wolle sich mit Blick auf das Engagement der Jusos entschuldigen. Er habe nicht sagen wollen, dass sich einzelne, hier anwesende Mitglieder mehr bemühen müssten, sondern eher von einem allgemeinen Zustand sprechen wollen.

Dan weist ihn daraufhin, dass es keine Entschuldigung sei, zu sagen: man wolle sich entschuldigen, aber... An Sam gerichtet sagt er: Daran müsse man nochmal arbeiten.

Maximilian äußert ebenfalls Kritik. Er als LHG-Mitglied habe viel Wahlkampf gemacht, etwa zur Bundestagswahl ebenso zur Kommunalwahl, Veranstaltungen dazu (etwa eine Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden der FDP, Christian Dürr), er sei Mitglied im Landes- und Bundesvorstand und habe auch bei der StuPa-Wahl viel gemacht, außerdem habe seine Liste in der letzten Amtszeit am meisten Anträge geschrieben und begrüße stets die konstruktive Debatte. Er strenge sich sehr wohl an, auch unabhängig von der politischen Ausrichtung, Veranstaltungen an der Uni und für die Studierenden der Uni zu machen.

Sam erwidert: Man lebe in einer Demokratie davon, dass es, wenn Mitglieder aufhören, entsprechend Nachwuchs gebe. Er habe „Angst“ davor, dass man dann nur noch mit dem SDS hier sitze und solche Anträge stelle, die dann niemand mehr kritisiere.

Oli verlässt die Sitzung um 20:30 Uhr.

Philip berichtet aus dem Gemeinsamen Studiausschuss (GSA):

- Am 24.6. 17–19 Uhr (HS 32 & Foyer Gebäude K) findet der diesjährige Konvent des GSA zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Lehrer*innenbildung“ statt.
- Frau Prof*in Preisfeld wird zum Semesterende in den Ruhestand gehen und den Vorsitz des GSA niederlegen

TOP 6 Sonstiges und Termine

Matti bittet den SDS noch ein Mitglied für den Haushaltsausschuss zu benennen. Außerdem wird berichtet, dass für die Linksrüne Liste nun Thies Böhling – an Stelle von Leander Goecke – Mitglied im Haushaltsausschuss sein wird. Zudem erinnert Matti an die Möglichkeit der aktuellen Listen, auf der StuPa-Website einen kurzen Vorstellungstext zu platzieren. Er bittet die Listen, ihre Texte nach Möglichkeit nochmal zu überarbeiten, da einige etwas veraltet seien, z. B. seien LHG und RCDS noch nicht als studentische Mitte genannt (wie sie dieses Jahr zur StuPa-Wahl gemeinsam angetreten sind). Dafür können die Listen dem Präsidium einfach einen kurzen Text per Mail schicken, der dann auf die Website gepackt werden kann.

Termine

- 20. Mai 2026: Jour-Fix mit dem Rektorat und den Studierendenvertreter*innen (v. a. AStA, StuPa-Präs und Senat)
- 21.05.2026: AStA-Pubquiz, Einlass 19 Uhr, AStA-Ebene
- 23. Mai 2026: Tag des Grundgesetzes (s. <https://www.uni-wuppertal.de/de/universitaet/organisation/rektorat/ehrentag-zum-tag-des-grundgesetzes/>). Dazu plant die Uni zwischen dem 16.–31. Mai mehrere Veranstaltungen, etwa:
 - o 21. Mai 2026: Führung durch die Johannes Rau-Bibliothek, Johannes Rau-Zentrum, 13 Uhr
 - o 23. Mai 2026: Vernissage der neuen Ausstellung „merry company – fröhliche Gemeinschaft“ in der Kunsthalle Barmen, 19 Uhr
 - o 27. Mai 2026: Vortrag „Das Grundgesetz – Entfaltung und Krise der freiheitlichen demokratischen Ordnung“ von Prof. Dr. Andreas Heusch, Johannes Rau-Zentrum, 18 Uhr
- 24. Juni 2026: Diversity Day an der BUW (für das ganze Programm s. <https://antidiskriminierung.uni-wuppertal.de/de/diversity-day/>)
 - o Eröffnung der Ausstellung „Respekt und Wertschätzung auf dem Campus“, Foyer Gebäude K, 14:30–15 Uhr
 - Die Ausstellung wird außerdem eine Preisverleihung beinhalten, in dessen Jury Solveig, Matti und Noam Lutgen mitarbeiten werden.
- 24. Juni 2026: Konvent des GSA zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Lehrer*innenbildung“, 17–19 Uhr im Foyer bei Gebäude K und HS 32
- 03.06.2026: Konstituierung der 13. Gleichstellungskommission, 14:15 Uhr in T 13.09
- 08.07.2026: Campus Sommerfest, 16–22 Uhr am ganzen Campus

Laura beendet die Sitzung um 20:41 Uhr.

Laura-Sophie Schardt

Solveig Klebert

Matthias Zipse